

# Wiemeler Dampfboot.

No. 19.

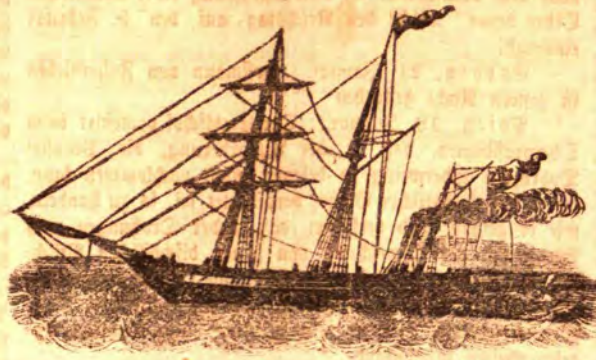
1874.

Freitag,

den 23. Januar.

Erscheint täglich Morgens  
mit Ausnahme  
der Tage nach den Sonn- u. Feiertagen.

Vierteljährlicher Abonnements-Preis  
pränumerando 1 Thlr.  
mit Postlohn sowie bei allen Post-  
Anstalten 1 Thlr. 5 Sgr.



Anzeigen werden für den Raum  
einer Corpus-Spaltheile von Abonnent-  
ten mit 1 Sgr. 4 Pf., von Nicht-  
Abonnenten und Auswärtigen mit  
1 Sgr. 8 Pf. berechnet.  
Reclamen pro 1-spaltige Petitzeile 2 Sgr.

Anzeigen, für die folgende Nummer be-  
stimmt, sind spätestens bis Nach-  
mittag 2 Uhr einzuliefern.  
Belag-Exemplare kosten 1 Sgr.

## Tages-Chronik.

Den 23., Nachm. 2 Uhr, bei Gastwirth Werkmeister  
am alten Ballastplatz Verkauf eines Fischerbootes. Den  
24., Vorm. 10 Uhr, auf dem Kreisgerichte Termin in der  
Bäckerstr. Schulz'schen Concursfache.

## Wer soll Strenge üben?

Wir entnehmen einem Leitartikel Folgendes. Wir  
lieben den Fanatismus nicht, der den Gegner mit anderem  
Maße als sich selber gemessen sehen will und darum be-  
kennen wir offen, daß wir in die heute landläufig gewordene  
Behauptung, daß die Strafrichter nicht strenge genug in  
Auslegung des Strafgesetzbuches sind, nicht gern einstimmen.  
Es leben in uns die Zeiten noch gar zu schmerzhaft im  
Gedächtniß, wo man den Geschworenen den Vorwurf allzu  
großer Milde gegen die Demokratie machte und ihnen des-  
halb die Befugniß in politischen Prozessen nahm. Wir  
erinnern uns noch gar zu lebhaft, wie die Leitung des  
Prozesses Waldeck die Veranlassung war, den ehrenhaften  
Richter Laddel fortan nicht mehr in politischen Prozessen  
mitwirken zu lassen. Wir wissen noch zu gut, wie in  
der schönen Zeit der Reaction die Kreuz-Zeitung die Lehre  
aussprach, daß man, weil die Richter nicht strenge genug  
in Verurtheilungen seien, mindestens die Untersuchungsamt  
möglichst lang hinauszuziehen müsse. Nicht minder vergegen-  
wärtigen sich noch in unserem Gedächtniß die Schmähungen,  
mit welchen man vor noch nicht zehn Jahren den „liberalen  
Kreiszrichter“ überschüttete und die Preßknebelung in wirk-  
samster Weise in die Hand der Polizei legte. All das  
geschah, weil die herrschende Partei die Richter zu milde  
sah und sehr entrüstet war, wenn nicht jeder Strafprozeß  
nach dem Maße ihrer Wünsche endete.

Woher aber die erschreckende Zunahme der Brutalität  
die in der That eine Abwehr dringend erfordert.

Die Quelle der um sich greifenden Brutalität liegt in  
der That in der weit verbreiteten demagogischen Aufreizung  
gegen die bestehende Gesellschaft. Vergessen wir aber hierbei  
nicht auch zu zeigen, wie und von wem diese Demagogie  
großgezogen und im Stillen begünstigt worden ist. Wer  
hat denn mit Lassalle geliebäugelt als er sich weltberühmt  
machen wollte durch Niederkämpfen der sogenannten „libe-  
ralen Bourgeoisie“? Brauchen wir denn gar weit zu suchen,  
um zu zeigen, wie der Geheimrath Wagener im Interesse  
der „Regierung“ Broschüren ausarbeiten ließ gegen das  
Bourgeoisie-System und wem Herr von Schweitzer, der  
Nachfolger Lassalle's, ein gar sehr willkommener Agitator  
war, um die Arbeiterwelt gegen die „Besitzenden“ aufzu-  
reizen. Wie jubelte doch die Kreuzzeitung als es wirklich  
der Demagogie gelang eine socialistische Demokratie der  
politischen entgegenzustellen! Wer anders hat es denn mit  
lachendem Munde behauptet, daß das Rückwärts-Gi des  
Socialismus der Brut im Nest der Fortschrittspartei den  
Garaus machen und die Besitzenden in die rettenden Arme  
der conservativen Regierung jagen werde!?

Wer all das vergessen hat, den erinnern wir an ein  
treffendes Wort, welches Schulze-Delitzsch über dieses  
Gebahren zur rechten Zeit in öffentlicher Sitzung des Ab-  
geordnetenhauses ausgesprochen. Es war in der Debatte  
über das Koalitionsrecht, wo dieser treue Volksfreund die  
conservative Agitation vor der Piebäugel mit der Schür  
warnte, hinter deren menschlicher Vorderseite das Thier  
lauert. Die Brutalität, über die wir heute klagen, ist die  
Bestialität, welche diejenigen nicht sehen wollten, die dem  
Haupte in sogenannte conservativen Gesinnung ermunternd  
zulächelten.

Aber auch als die Zeiten besser wurden, galt es noch  
immer für weise Politik, ja nicht einzuschreiten, wenn die  
wohlorganisirte Demagogie mit Knütteln einschritt, um fried-  
liche Veranlassungen auseinander zu treiben. Und der  
Richter, hatte er Schuld, daß dergleichen zu den gewöhn-  
lichsten Erscheinungen wurde. Wir leben unter Staatsge-  
setzen, wo der Rechtspruch des Richters abhängig ist von  
der Anklage des Staatsanwaltes. Wo dieser nicht einschreitet,

da kann ein Richter mit eignen Augen einen Mord vor  
sich sehen, ohne daß ihm die Möglichkeit gegeben ist, der  
Gerechtigkeit ihren Tribut zu zollen.

Wir sind froh, daß es jetzt besser werden soll. Staats-  
anwalt und Polizei sind jetzt auf die richtige Quelle der  
Brutalität hingewiesen, die in dem demagogischen Treiben  
liegt, wo man die Leidenschaft dumpfer Geister aufstacheln  
und Gesetz und Recht, Sitte und Besiß als Feinde der  
„Freiheit“ anklagt und mit Knüttelweisheit niederkämpfen  
lehrt. Polizei und Staatsanwaltschaft sind die eigentlichen  
einschreitenden Behörden, die verbrecherisches Gebahren zu  
verhüten und Verbrecher möglichst schnell vor den Richter  
zu bringen haben. Hoffen wir, daß diese, wenn auch sehr  
spät, ihre Pflicht in richtigem Sinne thun und lassen wir  
dem Richter sein freies Gewissen, nach Umständen und Ge-  
setzesmaß Milde und Strenge in seinem Urtheil zu üben.

## Deutsches Reich.

M. Berlin. [Die Correctur des allgemei-  
nen Wahlrechtes.] In Ländern, welche sich eines  
längeren Genusses parlamentarischer Einrichtungen erfreuen  
als Deutschland, und in welchen man daran gewöhnt ist,  
die Regierung oft mit ganz geringfügigen Majoritäten aus-  
kommen zu sehen, findet man es durchaus unbegreiflich,  
daß von einem Theil der Deutschen Presse aus der Aus-  
fall der jüngsten Reichstagswahlen, eine ernstliche Gefahr  
für den Bestand des Deutschen Reiches hergeleitet werden  
will. Alle Oppositionsfraktionen zusammengenommen —  
die Ultramontanen, Socialisten, Particularisten, Polen und  
was man sonst noch zu den „Reichsfeinden“ rechnen mag —  
bilden im Verhältnis zu der Gesamtheit der reichsfreund-  
lichen Fraktionen eine so geringe Zahl in dem neuen  
Reichstag, daß an einen maßgebenden Einfluß derselben  
auf die Reichsgesetzgebung nicht die Rede sein kann und  
die Reichsregierung mit der Reichstagsmehrheit also völlig  
ungehindert sein wird, die Entwicklung des Reiches auf  
der betretenen Bahn fortzuführen. Und da die Macht des  
Ultramontanismus nothwendig in demselben Grade abneh-  
men wird, in dem die Kirchengewalt der Staatsgewalt  
untergeordnet wird, so ist auch für die folgenden Reichs-  
legislaturen nichts zu fürchten, selbst wenn die Vertretung  
des Socialismus allmählig auf das Vier- oder Fünffache  
ihres jetzigen Bestandes anwachsen sollte, eine Eventualität,  
deren Verwirklichung keineswegs in wenigen Jahren ein-  
treten wird. Gleichwohl erklingt aus liberalen Kreisen ein  
mehr oder weniger articulirter Nothschrei nach einer Cor-  
rectur oder Beschränkung des allgemeinen Stimm-  
rechtes; und daß der Berliner „Times-Correspondent“  
die Nothwendigkeit einer solchen ebenfalls behauptet,  
ließ mancherseits vermuten, dieselbe werde auch in  
Reichs- oder wenigstens in Preussischen Regierungskreisen  
erwogen. Boverst liegt indessen auf dieser Seite noch nichts  
vor als eine sehr allgemeine und denkbare Andeutung der  
„Provinzial-Correspondenz“ und eine Auslassung der „Nord-  
deutschen Allg. Zeitung“, die darauf hinauslaufen scheint,  
daß man in den erwähnten Kreisen an die Möglichkeit denkt,  
neben das allgemeine Wahlrecht einen allgemeinen Wahl-  
zwang zu stellen; d. h. die Wahlhaltung mit Strafe zu  
belegen. Ueber dieses Project, wenn es besteht, würde sich  
reden lassen, da es dem nun einmal eingeführten Rechte  
selbst nicht zu nahe tritt; im Uebrigen aber sind wir der  
Meinung, daß die mit letzterem bisher gemachten Erfah-  
rungen eine Aenderung des Reichswahlgesetzes nicht rechtfertigen,  
jedoch sehr wünschen lassen, daß das bestehende  
Recht, seitens der Massen mit mehr Selbstständigkeit und  
Verständniß geübt werde. Und dies wird nicht durch eine  
Wahlreform, sondern nur durch eine Schulreform zu er-  
zielen sein, welche die Dressur der Massen auf Katechismus,  
A-B-C und Cinnaleins durch gründliche Geistes- und  
Charakterbildung ersetzt und allerseits erster als dies bis  
jetzt geschehen ist, in's Auge gefaßt werden sollte.

dn. Wie aus von bestunterrichteter Seite mitgetheilt  
wird, steht seit gestern fest, daß der Reichstag am 5. Februar

eröffnet werden soll. Die beiden Häuser des Landtages  
werden noch bis zum 17. oder 20. Februar versammelt  
bleiben, alsdann erfolgt ihre Vertagung bis nach Schluß  
der Reichstagsession. Es würde vermieden worden sein,  
beide Parlamente gleichzeitig berathen zu lassen, wenn nicht  
unerlässlich wäre, vor der Vertagung der beiden Kammern  
erst noch den Preussischen Etat pro 1874 und einige an-  
dere dringende Gesetze feststellen zu lassen. Auf der andern  
Seite ist für durchaus zweckmäßig erachtet worden, mit  
der Reichstagsession möglichst früh zu beginnen, um spätestens  
bis Ende Mai die gesammten parlamentarischen Geschäfte  
erledigen zu können.

\* Der „Gaulois“ bringt die Nachricht, daß der  
Correspondent der Kölnischen Zeitung im Hauptquartier des  
Don Carlos von einem Carlistischen Offizier im Duell  
getödtet worden sei. Der „Gaulois“ fügt hinzu, daß die  
Briefe dieses Herrn stets „Er. W.“ unterzeichnet waren  
und schließt daraus, wir fürchten, daß es Herr Ernst  
Wiedede ist, welcher die Armee des Prinzen Friedrich Carl  
im Deutsch-Französischen Kriege als Correspondent be-  
gleitete.

Dreslau, 17. Jan. Die Schl. Volksz. berichtet,  
daß der Herr Fürstbischof morgen (Sonntag), wenn derselbe  
zum ersten Mal nach der Abföndung von Pferden und  
Wagen in die Kreuzkirche gehen wird, nach 10 Uhr von  
dem Domcapitel und der Domgeistlichkeit feierlich aus der  
Residenz abgeholt werden wird; auch eine Anzahl treuer  
Katholiken des Laienstandes werde dem „schmergeprüften  
Kirchenfürsten“ auf dem Wege folgen. — Bezüglich der  
nunmehr vollstreckten Execution theilt das genannte Blatt  
mit, daß die abgepfändeten Gegenstände folgende waren:  
werthvolle Möbel, kostbare Kupferstiche, die Statue der  
heiligen Hedwig aus carrarischem Marmor (von Kern in  
Berlin), die Delgemälde: Maria Stuart, am Tage ihrer  
Hinrichtung sich die heilige Communion reichend (von  
Julius Schrader), ein Madonnenbild von Hamacher, zwei  
Portraits des Kaisers und des Kronprinzen, ferner aus der  
Capelle der fürstbischöflichen Residenz: St. Heinrich, St.  
Hedwig und St. Elisabeth, Wagen, Silber, Betten, Wein  
u. s. w. Die weitere Execution steht nach der Schl.  
Volksz. heute bevor.

\* Die in dem letzten Französischen Kriege von der  
Deutschen Armee benutzten Generalstabskarten von Frankreich  
umfaßten nur den östlich von der Loire gelegenen Theil  
des Landes, so daß, als die Armee des Prinzen Friedrich  
Karl von Orleans angelangt war, Privatereplare Fran-  
zösischer Karten von Berlin aus zur Orientirung requirirt  
werden mußten. Diesem Mangel ist nunmehr abgeholfen  
worden. Die kartographische Abtheilung des Großen General-  
stabes hat in den letzten Jahren die Vervollständigung der  
Französischen Karte so gut wie vollendet und es würde bei  
einem abermals eintretenden Bedürfnisfall ein genauer bis  
an die Französische Südgrenze reichender Situationsplan  
in den Händen der Deutschen Officiere bis zum Hauptmann  
herab sich befinden.

## Rußland.

Einen ganz augenscheinlichen Beweis für das wach-  
sende Ansehen Rußlands in Mittelasien liefert der Vertrag,  
welchen der General-Gouverneur des Turkestanischen Ge-  
bietes, General-Adjutant von Kauffmann, alsbald nach der  
glicklichen Beendigung der Expedition gegen Chiwa mit  
dem Emir von Buchara abgeschlossen hat. Die in den  
18 Paragraphen dieses Vertrages enthaltenen Bestimmun-  
gen zeigen in Bezug auf Buchara eine wesentliche Aus-  
dehnung und Befestigung des Russischen Einflusses. Der  
Beherrscher dieses Landes tritt zwar nicht in ein Vasallen-  
verhältnis zu Rußland, wie der Chan von Chiwa. Auch  
bleiben ihm seine Rechte gewahrt: Krieg zu führen,  
Handelsverträge zu schließen, in seinem Gebiete die Abgaben  
zu erheben und Gericht zu halten. In anderen wesent-  
lichen Beziehungen wird er aber dem Chan von Chiwa  
gleichgestellt. So verpflichtet er sich, in seinem Lande den  
Schlavenhandel abzuschaffen, Russische Flüchtlinge auszu-

liefern und den Handelsverkehr der Russen mit den Bucharen und ihren Nachbarn innerhalb seiner Besitzungen sowie auf dem Amur-Darja zu schützen und zu fördern. Ferner besteht er den Russen das Recht zu, auf Bucharischen Gebiete Grundeigentum jeder Art zu erwerben. Für die Erhaltung der guten Beziehungen wird der Emir einen ständigen Vertreter in Taschkent und Rußland einen solchen in Buchara beglaubigen. Seit dem Jahre 1868, wo derselbe Emir gegen Rußland den heiligen Krieg verkündigte, nach dem Verluste von Samarkand aber gezwungen war, den ersten Vertrag zu Gunsten des Russischen Handels abzuschließen, sind bei diesem Herrscher beachtenswerthe Wandlungen eingetreten. Der erbittertsten Feindschaft ist Vertrauen und dem größten Uebermuth die Einsicht gefolgt, daß Buchara am besten für seine Sache sorgt, wenn es gute Freundschaft mit Rußland pflegt.

— Bekanntlich sind vor einiger Zeit im Russischen Postwesen mehrfache Reformen durchgeführt. Dabei wurden namentlich die Portosätze für Briefe und die Frachtsätze für Pakete ermäßigt. Die günstigsten Erfolge, welche man von diesen Reformen erwartete, sind nicht ausgeblieben. In allen Richtungen haben sich die Einnahmen vermehrt, während die Ausgaben nicht im gleichen Maße gewachsen sind. Nach den Voranschlägen für das Jahr 1874 stellt sich der Postetat auf 10,395,693 Rubel an Einnahmen und auf 7,377,108 Rubel an Ausgaben.

### Frankreich.

\* Die „Opinion“ bemerkt über den bekannten Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ betreffs des Verhältnisses Deutschlands zu Frankreich: „Wenn man die frühere Regierung mit dem Cabinet vom 24. Mai vergleicht, so muß man zugeben, daß die erstere in allen religiösen Fragen die stricteste Neutralität beobachtet hat, wie sie das öffentliche Recht vorschreibt und daß sie weder die Pilgerfahrten begünstigt noch ermuntert und sich in ihrer Haltung dem Papste gegenüber und in ihren Beziehungen zu Italien genau ebenso verhalten hat, wie die übrigen katholischen Mächte. Jener Regierung gegenüber hat sich die „Nordd. Allg. Ztg.“ nie zu einer derartigen Sprache veranlassen können.“ Zu dieser Ausführung der „Opinion“ bemerkt der officöse „Français“: „In Frankreich befindet sich somit ein Journal, das bekanntermaßen von Französischen Deputirten soulagirt wird, welches die von dem Journal des Herrn von Bismarck geleitete Kritik gegen das französische Cabinet als richtig anerkennt.“

### England.

London, 13. Januar. Die Schilderhebung der Communisten in Chicago wird von der heutigen „Times“ mit manchem Seitenhieb auf die freisinnlichen Einrichtungen der Amerikanischen Republik einer verurtheilenden Kritik unterzogen. Eine Periode der Trübsal — so schreibt sie — ist regelmäßig die Brutstätte socialistischer Theorien. Wenn aber 10,000 Mann processionsweise dem Bürgermeister von Chicago ihre Aufwartung machen, um ihn zur Genehmigung eines socialistischen Programms zu veranlassen, und wenn in einer Stadt von 300,000 Einwohnern nicht weniger als 40,000 für die gewöhnlichsten Lebensbedürfnisse auf freiwillige Unterstützung angewiesen sind, so fühlen wir uns sehr tief berührt ob solcher Aussichten. Die sociale Frage ist in diesem Augenblick eben so reif in Chicago, wie in Lyon, und die Sprache der Intransigenten in Barcelona findet ihr Gegenstück in Illinois. Die Stärke der obigen Bewegung wird sicherlich mit dem Wiederaufschwung des Handels an Intensität verlieren, aber verschwinden wird sie erst dann, wenn die Arbeiter sich von dem Wahne losgemacht haben, als könne ihre Lage durch Gesetze und nicht durch eigene Anstrengung eine wesentliche andere werden. In Ohio, Michigan, Illinois und Missouri sind alle Ziele, für die man in England agitirt und von deren Erreichung man eine radicale Besserung im socialen Leben erwartet, wirklich erreicht. Es gibt dort kein Recht der Erstgeburt, keine Staatskirche, keine Krone, keine Pairskammer; der Unterricht in Staatschulen ist unentgeltlich, der Landarbeiter frei, die Wahlbezirke fast gleich groß und der Landwerb so leicht und billig, wie nur immer möglich. Und trotzdem herrscht dort Armut und, wie bei uns, wird die Staatshilfe für die Arbeiter angerufen. Wie lange wird es daher dauern, daß Englische Reformer den Ghimären der Arbeiterclassen schmeicheln und ihnen nicht vielmehr sagen, daß ihre Lage nur abhängig sei von ihrer eigenen Klugheit und Selbstgenügsamkeit!

— In der gestern eingetroffenen Ueberlandspost aus Indien liegt eine neue Rundgebung Lord Northbrook's über die Hungersnoth vor. Der Vicereing bezeichnet darin die Seitens der Regierung getroffenen Maßregeln als gänzlich genügend. Dem entgegen hält der Timescorrespondent seine Ansicht aufrecht, daß die Vorkehrungen dem Maße der Noth nicht entsprechen. Einmal verlasse sich die Regierung in ihren Schätzungen anscheinend auf Regenfall, dessen Eintreffen durchaus nicht sicher sei. Weiter schlage sie den Bedarf der Bevölkerung — d. h. die nöthigen Erhaltungskosten für die Einzelnen — zu niedrig an. Drittens scheine sie die schwierigen Transportverhältnisse außer Acht zu lassen. Jener Timescorrespondent genießt in diesen Fragen noch aus dem Jahre 1865, als seine düstern Vor-

aussetzungen sich gegenüber den mehr sanguinischen der Regierung bewahrheiteten, ein besonderes Ansehen. Gestrige Telegramme aus Kalkutta schildern den Nothstand in den betroffenen Landstrichen als in der Zunahme begriffen.

### Neueste Nachrichten.

Berlin, 21. Januar. Zuverlässigem Vernehmen nach steht unmittelbar die Veröffentlichung einer kaiserlichen Ordre bevor, welche den Reichstag auf den 5. Februar einberuft.

Corven, 21. Januar. Hoffmann von Fallersleben ist gestern Nacht gestorben.

Posen, 19. Januar. Der Erzbischof protestirt beim Oberpräsidenten, daß er der Aufforderung, die Propstei Dobruynca anderweitig zu besetzen, nicht nachkommen kann, da er als katholischer Bischof verpflichtet sei, so zu handeln, wie er gethan; und versichert, daß weder Drohungen noch Strafe ihn zur Abweichung von seinen bischöflichen Pflichten zwingen können, daß er auch nie die Hand bieten werde, daß der Staat, dem auf Erden nur ein bestimmter Kreis vorgeschrieben sei, sich in rein geistliche und kirchliche Angelegenheiten hineinmische.

Wien, 19. Januar. Uebermorgen legt die Regierung dem wiederzusammentreffenden Reichsrath einen Gesekentwurf vor, welcher gleichzeitig Inzeraten- und Zeitungsstempelsteuer abschafft.

Wien, 21. Januar. In der heutigen Sitzung des Reichsraths wurden die confessionellen Gesekentwürfe vorgelegt. Der erste Gesekentwurf betreffs Besetzung der kirchlichen Aemter hebt formell das Concordat auf, und verpflichtet die Bischöfe zur Anzeige einer geschienenen Besetzung von kirchlichen Aemtern, die eventuell inibirt werden kann, sowie zur Mittheilung ihrer Erlasse an die Staatsbehörde. Der zweite Gesekentwurf betreffs des Rechtsverhältnisses der Klostergenossenschaften fordert für die Errichtung und Ansiedelung kirchlicher Corporationen, für die Erwerbung des Grundbesitzes, sowie für die Stiftungen und Legate an dieselben die Genehmigung des Staates; der dritte Gesekentwurf regelt die Beiträge des Pfürndenvermögens zum Religionsfonds, aus welchem die Bedürfnisse des katholischen Cultus bestritten werden sollen; der vierte Gesekentwurf betrifft die Anerkennung noch nicht anerkannter Religionsgenossenschaften welche erfolgen soll, wenn die Religionslehre und der Gottesdienst nichts Gesekwidriges und sittlich Anstößiges enthalten.

Wien, 20. Januar. In der nächsten Sitzung des Herrenhauses bringt die Regierung Gesekentwürfe ein, betreffend die Wahrung der Rechte der Pfandbriefbesitzer, die Anlegung von Eisenbahngeländen und die Wirkung der an einer Eisenbahn eingeräumten Hypothekrechte, sowie die Sicherung der Rechte von Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

— 21. Januar. In der morgigen Sitzung des Abgeordnetenhauses bringt das Ministerium nachstehende Gesekentwürfe ein: Die Gesetze zur Regulirung äußerer Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche und der löstlichen Genossenschaften; ein Gesek zur Regulirung der Beiträge des Pfürndenvermögens zum Religionsfonds und ein Gesek, betreffend die gesetzliche Anerkennung von Religionsgenossenschaften. Die erstere Vorlage hebt das Concordat seinem ganzen Inhalte nach auf und enthält eingehende Bestimmungen zur Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche bezüglich der kirchlichen Aemter und Pfürnden, bezüglich der Ausübung der kirchlichen Amtsgewalt und Seelsorge, bezüglich der katholischen theologischen Facultäten und Heranbildung von Candidaten, bezüglich der kirchlichen Corporationen, des kirchlichen Patronats, der Pfarrgemeinden, des kirchlichen Vermögensraths und der Staatsaufsicht über die kirchliche Verwaltung.

Berlins, 20. Januar. Decazes verlangt die Vertagung der auf der Tagesordnung stehenden Interpellation du Temple's wegen Besetzung des Italienischen Gesandtschaftspostens und erklärt: Nichts rechtfertigt die Regierung der letzten Tage, keine Mißbilligkeit störte die guten Beziehungen zu Italien: ich erkläre dies unter der ausdrücklichen Zustimmung Mac Mahons. Unsere Politik besteht darin, den Papst mit Ehrerbietung und Fürsorge zu umgeben und die letztere auch auf die geistliche Autorität und Unabhängigkeit auszudehnen; unsere Politik besteht auch darin, mit dem Italien, wie es die Umstände schufen, aufrichtige Beziehungen guten Einvernehmens und der Freundschaft zu unterhalten; unsere Politik gegen andere Mächte bleibt dieselbe; wir wollen den Frieden mit ganz Europa und werden allen Conflicten und Mißverständnissen vorbeugen und uns bemühen, alle Aufreizungen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, zu unterdrücken. Eine abenteuerliche Politik würde Frankreich gefährden und nur zu Acten der Schwäche und Tollheit führen. Die Versammlung beseitigte die von dem Antragsteller aufrecht erhaltene Interpellation durch Annahme der Vorfrage und nahm darauf das Mairegesek mit 367 gegen 324 Stimmen an.

Paris, 19. Januar. Ue der heutige Ministerrath den Beschluß faßte, das „Univers“ auf zwei Monate zu suspendiren, hatte Decazes, der Minister des Auswärtigen, die gänzliche Unterdrückung des Blattes verlangt, indem

er darauf hinwies, daß dasselbe gestern wieder eine Reihe gefährlicher Artikel und einen Hirtenbrief des Bischofs von Périgueux mit Beleidigungen gegen Deutschland und Italien gebracht habe. Decazes brang jedoch mit seiner radicalen Forderung nicht durch.

— In Versailles erregte die Maßregel gegen das „Univers“ ungeheures Aufsehen. Die Rechte ist äußerst unzufrieden und will eine Interpellation stellen. Die Anhänger des Cabinets sind wegen der innern Lage und besonders wegen der kleinen Majorität vom Sonnabend beunruhigt. Das große Publikum gönnt dem „Univers“ die Strafe, weil man der Intriguen der clericalen und der royalistischen Partei müde ist.

— Der Italienische Gesandte hat mit dem Minister des Auswärtigen eine lange Unterredung gehabt. Decazes versprach schließlich, daß er bei Gelegenheit der Interpellation du Temple's den Thatbestand in Italien ohne Rückhalt und ohne Hintergebanten anerkennen werde.

London, 20. Januar. Nach den vorliegenden Meldungen von der Goldküste, welche bis zum 3. Januar reichen, waren die Truppen im Borrücken begriffen und sollten am 15. den Prah-Fluß überschreiten. Die unter dem Commando des Obersten Glover stehende Abtheilung setzte ebenfalls in Gemäßheit der Instructionen des Generals Wolseley ihren Marsch in das Innere fort. Der Gesundheitszustand der Truppen war der beste. — Aus Bengalen wird gemeldet, daß die Regierung die größten Anstrengungen macht, um der drohenden Hungersnoth vorzubeugen.

Bern, 20. Januar. Der Bundesrath hat die Einladungen zu dem internationalen Postcongreß erlassen, welcher, nachdem Rußland seine Theilnahme an demselben zugelagt hat, nunmehr am 15. September d. J. hier zusammentreten soll. Das Budget der internationalen Telegraphen-Verwaltung ist mit einem Ausgabe-Ueberschusse von 86,500 Fr. vom Bundesrath genehmigt worden.

### Provinzielles.

Lilist, 20. Januar. Der zum Mitgliede des Reichstages in unserm Lilist-Niederunger Wahlkreise erwählte Stadtrath Bernhard hat die Wahl angenommen. — Der Kreisgerichtsrath Ködenbeck in Pilsfallen und der Kreisrichter Fabian in Braunsberg sind an das Kreisgericht in Lilist; der Kreisgerichtsrath Melchior in Rarggrabowa an das Kreisgericht in Hendorf, mit der Funktion als Dirigent der zweiten Abtheilung dieses Gerichts, versetzt worden. — Der „Bürger- und Bauernfreund“ schreibt: „Mit Rücksicht darauf, daß die untersten Stufen der Bevölkerung von der Klassensteuer befreit werden sollten, war von der Regierung eine genaue Nachweisung des Einkommens der Einwohner gewünscht. Nach reiflicher Prüfung ist nun im Allgemeinen die arbeitende Klasse, als verheirathete Knechte, Institute, Freileute, Hirten zu der niedrigen Stufe von 1 Zhr. pro Jahr nicht veranlagt, da man deren Einkommen nicht auf jährlich 140 Zhr. veranschlagen konnte. Nichts desto weniger steht in den bei der Bezirksregierung zur Revision vorgelegten Listen da, wo das Einkommen auf 100—120 Zhr. angegeben war, mit dürren Worten: „Das Einkommen ist mindestens auf 140 Zhr. zu veranschlagen“, und der Betreffende ist zur Steuer herangezogen. Hoffentlich werden die Eingeschätzten mit diesem Vorschub sich nicht zufrieden geben, denn da einmal ein Erlaß für die Aermsten des Volkes bezweckt ist, so fragen wir nur, wer soll denn frei von Steuer sein, wenn diese Klasse es nicht mehr sein soll?“

Königsberg. [Bei einem Leichenbegängniß] wurde am Dienstag gegen Abend der Leichenzug in große Gefahr verlegt. Als letzter vor dem Brandenburger Thor die nicht abgesperrte Chaussee passirte, kam ein Rangirzug der Südbahn dahergebraust und theilte das Gefolge von dem eben über das Schienengeleise gefahrenen Sarg. Während der Wagen mit demselben nun im schnellsten Tempo einer weiteren Gefahr zu entrienen suchte, mußte das Gefolge auf dieser Seite warten und nach geraumer Zeit in Haft jenem folgen. Da über die an dem gedachten Ueberwege so häufig vorkommenden Nachlässigkeiten schon so viel geschrieben und gesprochen ist, enthalten wir uns jeder weitern Bemerkung.

### Gerichtshalle.

1. Am 7. v. Mts. bearbeitete der Arbeiter Jacob Ballandis aus Schmelz seine Ehefrau ganz undarmherzig mit einem hölzernen Hammer, so daß sie benutzlos wurde. Zwei in demselben Hause wohnende Frauen eilten zur Hilfe herbei, wurden aber von B. ebenso zerhämmeret, so daß sie bedeutende Kopfwunden davon trugen. Wegen roher Mißhandlung verhängt der Gerichtshof gegen ihn eine 6wöchentliche Gefängnißstrafe.

2. In der Untersuchungsache wider Dangel's u. Compl. werden nicht weniger als 158 Personen aufgerufen, von welchen indeß Niemand antwortet. Sie sind angeklagt, sich durch unerlaubte Auswanderung dem Militärdienste entzogen zu haben und werden dieserhalb in contumaciam zu je 50 Zhaler Geldbuße eventuell 1 Monat Gefängniß verurtheilt. Außer diesen Angeklagten werden circa 350 Personen, die wegen gleichen Vergehens bereits verurtheilt sind, stückweise verfolgt. Wenn nun ein ein-



### Wahlzettel

Aber August bist Du ganz wild geworden?

### Anzeigen.

#### Dankfagung.

Am 19. d. Mts. wurden unserer schmalen Casse 50 Thlr. von einem langjährigen Freunde überwiesen. Für diese sehr willkommene Hilfe besten Dank. Der Verein für Armen- und Krankenpflege.

Die dem Zimmermann Klammer zugefügte Beleidigung nehme ich hiermit zurück.

Gastwirth Augustin.

Sonnabend, den 24. Januar cr.,

### BALL.

Anfang 8 Uhr. Eintrittskarten für Fremde ertheilt Vorsteher Simon.

Der Vorstand der Schützengilde.

#### Seute Abend

### medizinisches Kränzchen.

#### Theater.

Freitag, den 23. Januar 1874:

#### Benefiz für Herrn Otto Conradi.

„Die Jungfrau von Orleans.“ Historisches Schauspiel in 5 Acten und 1 Vorspiel von Fr. v. Schiller. Musik von Weber.

Zu dieser Vorstellung beehrt sich ein geehrtes Publikum ergebenst einzuladen und bittet um zahlreichen Besuch  
**Otto Conradi.**

### Die Niemeler Seelente

versammeln sich Sonnabend, den 24. d. Mts., Abends 7 Uhr, im Lokale des Herrn Herrmann, Töpferstraße (Germania-Halle.) Der Beauftragte.

### Wahlzettel

mit dem Namen des Kaufmanns Heinrich Ancker zu Ruz, sind zu haben bei den Vertrauensmännern und außerdem für den

1. Wahlbezirk bei Wilhelm Semmler, Bräter & Liebe, C. Kaaser (früher Nicolaus), Albert Wild, C. L. Liebrich, H. Schulz,
2. = = Engel,
3. = = G. A. Schmidt,
4. = = Potabel,
5. = = Abomeit, Ancker und Forstreuter.
6. = = Mosler und Buglaf.

Auch ist jeder auf weißem Papier selbst geschriebene Wahlzettel gültig.

Das liberale Wahl-Comitee.

### Bekanntmachung.

Da bei der am 10. Januar c. stattgehabten Wahl eines Abgeordneten zum Deutschen Reichstage auf keinen der Candidaten sich die absolute Stimmenmehrheit vereinigt hat, so ist zur engern Wahl zwischen

1. dem Kaufmann Heinrich Ancker in Ruz,  
2. dem General-Feldmarschall, Graf Moltke in Berlin  
auf Montag, den 26. Januar c., von Vormittags 10 Uhr bis Abends 6 Uhr, Termin anberaumt und zwar für die Gemeinde Königl. Schmelz in den nachstehend bezeichneten beiden Bezirken:

1. Wahlbezirk: Jüdischer Begräbnisplatz, Wallstraße, Mühlenhorststraße, Mühlenstraße von Nr. 1—21 und Nr. 103—109, Hohe Straße von Nr. 1—13 und 24a—30, sowie I. und II. Querstraße. Wahlvorsteher: Nendant Damerau, Stellvertreter: Kaufmann Laubien, Wahllokal: Schule Schmelz Nr. 1.

2 Wahlbezirk: Hohe Straße von Nr. 14—23, Mühlenstraße von Nr. 22—102, III. und IV. Querstraße, I., II. und III. Marienböfer-Querstraße, Schmellestraße, Rairinstraße, Haffstraße und Gut Marienhoff. Wahlvorsteher: Obervorsteher Frommer, Stellvertreter: Kaufmann Funck, Wahllokal: Schule Schmelz Nr. 3.

Schmelz, den 21. Januar 1874.

Der Gemeinde-Vorstand.

### Stimmzettel

für General-Feldmarschall Graf Moltke sind bis zum 26. täglich zu haben gratis bei

F. Lauch, Juchter, Ferdinandsplatz Nr. 5.

Zeit Heute ist der Trajekt nur für Passagiere und Gepäc passirbar, der Gütertransport dagegen vollständig gesperrt; man erwartet fründlich den Eisgang. Dieses unsern geehrten Kunden zur gefälligen Nachricht.

Tilsit, den 22. Januar 1874.

C. & J. Thurau.

### Zuhrgelegenheit

für die nach Tilsit beorderten Rekruten ist vorhanden bei Robert Hirsch, Friedrichsmarkt Nr. 8.

### Lebensversicherungsbank f. D. i. Gotha.

Dividendenzahlung an die Versicherten in 1874 für das Jahr 1869

37 pCt.

von der eingezahlten Prämie. Versicherungen vermitteln

J. Hoestman, Loostenstraße 7.  
Robert Mason, Marktstr. 47.

### Cement-Lieferung.

Zum Bau der Uklenkis-Chausseebrücke im Remelthale bei Tilsit soll die Lieferung von 3000 Tonnen Cement in öffentlicher Submission verbunden werden.

Die Submissionsofferten sind portofrei und versiegelt mit der Aufschrift:

„Submission auf Lieferung von Cement“ versehen, bis zum Termin

Mittwoch, den 18. Februar 1874,

Nachmittags 3 Uhr,

an den Unterzeichneten einzureichen, zu welcher Zeit dieselben in Gegenwart der erschienenen Submittenten eröffnet werden.

Die Bedingungen liegen im Baubureau, Tilsit, Fleischerstraße Nr. 6, zur Einsicht aus; können auch gegen Erstattung der Copialien bezogen werden.

Tilsit, den 21. Januar 1874.

Der Bau-Inspector.

J. Nöring.



### Auction.

Dienstag, den 27. Januar c.,

Nachmittags von 2 1/2 Uhr ab,

sollen die zur Cirrulat'schen Concursmasse gehörigen im Petroleumschuppen lagernden

### 19 Faß Petroleum

dieselbst und dann die im Geschäftslotale, Fibauerstraße 20, lagernden

3 Faß Amerik. Schweineschmalz

in öffentlicher Auction gegen baare Zahlung durch mich verkauft werden.

W. A. Rosenbaum,  
Auctions-Commissarius.



### Auction.

Dienstag, d. 27. Januar 1874,

Vormittags 11 Uhr,

sollen im Auftrage des Königlich Kreis-Gerichts die zur G. A. Scharffenorth'schen Concursmasse gehörigen

### 495 Tonnen Cement

(Marke Robins),

lagernd im G. A. Scharffenorth'schen Hauspfeiler Nr. I. u. II., Louisenstraße Nr. 9. u. 10., in öffentlicher Auction durch mich verkauft werden.

W. A. Rosenbaum,  
Auctions-Commissarius.

### Camellien,

rothe, weiße, bunte u. s. w. Grabenstraße Nr. 8.

Eine Sendung

### neuer Schnallen

in Perlmutter, Stahl, Silber und Zett, zur Kleider-Garnitur, sowie

### neueste Besätze und Knöpfe

für die Frühjahrssaison empfing schon jetzt

Gustav Beymel.

### Mühljagen

und Feilen, Deutsches und Englisches Fabrikat, halte zu soliden Preisen stets auf Lager.

Robert Stebert.

### Stangen,

zu Dachlatten und Zäunen sich eignend, sind billig zu haben im Holzgarten Holzstraße Nr. 30.

Ein Tisch-Klavier ist billig zu verkaufen Linden-Allee Nr. 10—11.

### Brillant = Petroleum

wasserhell und vorzüglich brennend empfiehlt

C. E. Bonk, Börsenstraße Nr. 7.

Rothen und weissen Sago a 3 Sgr. 4 Pf. pro Pfd.

Wienergries a 3 Sgr. 4 Pf. pro Pfd.

Kartoffelmehl a 3 Sgr. pro Pfd. empfohlen

Veidt & Follmann.

### Schottische Maschinenkolen,

vorzüglich zur Ofenheizung

aus dem Schiffe „Sirene“, Capt. Hoffmann, am Rahr-schen Plage liegend, offeriren billigt

H. Rantsch Schwedersky & Co.

### Starkeß Ellern- und Birken-Klobenholz

billigt

Grabenstraße 7/8.

### Balsam Billinger. \*)

Rheumatismus — Radicalheilmittel, selbst in den hartnäckigsten Fällen.

\*) Zu haben in Remel: Louis Perkuhn.

Sehr schönen

### Englischen Chester-Käse

empfang und empfiehlt billigt Franz Born.

### Beste Schottische Kohlen

offeriren billigt A. Saebel & Co.

### Ein Krug Grundstüd

mit 170 Morgen Wiesen und Ackerland, worin seit mehreren Jahren das Geschäft mit gutem Erfolg betrieben, ist zu verpachten. Nähere Auskunft bei Kaufmann Herrn C. Matthees in Preßlau.

### Einen Lehrling sucht

C. Schröder, Fischlerstr. Unterstr. 10.

Junge Mädchen, welche die Schneiderei gründlich erlernen wollen, können sich melden bei

H. Stellmann, Holzstraße Nr. 29.

### Eine tüchtige Köchin und ein

ältliches Kindermädchen oder Kinderfrau finden zum 1. Februar eine gute Stelle. Näheres in der Expedition dieses Blattes.

Eine ordentliche Aufwärterin kann sich melden

Hospitalstraße No. 7.

Ein treues ordentliches Stubenmädchen die lithuanisch spricht, wird vom 1. Februar gesucht

Friedrichsmarkt Nr. 16—17.

Ein ordentliches reinliches Mädchen, das gut kochen kann, gute Zeugnisse aufzuweisen, jedoch nur solche wird zum 1. Februar verlangt bei

Adolph Cohn, Marktstraße 6.

Am 21. bis 22. d. M. wurde eine Art, gezeichnet B. B., gestohlen. Vor Ankauf wird gewarnt.

Friedrichs-Nehde Nr. 16.

Bei der Vererdigung bei Herrn Kieselbach oder Herrn Nörich ist ein Regenschirm vertauscht worden; um Rücktausch wird gebeten bei A. Schloenhart, Kehrweiderstr. Nr. 1.

Der bekannte Herr, welcher die Freundlichkeit hatte, am vorigen Sonntage aus dem Schneider'schen Restaurationstotale einen schwarzseidenen Regenschirm mit blau-seidener Fütterung auszuführen, wird bei Vermeidung der Veröffentlichung seines Namens höflichst ersucht, qu. Gegenstand ungesäumt bei Hrn. Schneider wieder zurückzuliefern.

Ein zuverlässiger, verheiratheter Kutscher findet dauernde Stellung bei

Wm. Hewelcke.

### Ein Flügel ist zu vermieten

Rosenstraße Nr. 5.

Eine separate Unterwohnung von zwei Stuben und Cabinet, auch getheilt, ist vom ersten April zu vermieten Schwanenstraße Nr. 10 bei J. Dialek.

Dieselbst eine Oberwohnung nebst Cabinet zu haben.

Ein großer, gewölbter Geschäfts-Keller ist im Mittelpunkt der Stadt zu vermieten. Näheres bei

Geb Brüder Gutzzeit.

Schuhstraße 57. ist ein möbirtes Zimmer miethefrei. — Dieselbst ein Offizier-Zimmer. —

Zwei elegant möbirtes Zimmer sind an einzelne Herren sofort zu vermieten Töpferstr. 18 unten. Zu erfragen 2 Treppen hoch bei

Frau Funck.

Druck und Verlag von F. W. Siebert in Remel. Verantwortlicher Redacteur Dr. Hülf in Remel.

Beilage.

# Beilage zu No. 19. des Memeler Dampfboots.

Freitag, den 23. Januar 1874.

## \*\* Landtagsverhandlungen.

30. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 20. Januar 1874.

Beginn der Sitzung 11 Uhr.

Am Ministerische: Dr. Falk, Leonhardt, Eulenburg, Camphausen und Commissare.

I. Schluß der dritten Verathung über das Civilehegesetz.

§ 52 lautet:

„Alle diesem Gesetze entgegenstehenden Vorschriften treten außer Kraft. Ein Gleiches gilt von den Bestimmungen, welche die Schließung einer Ehe wegen Verschiedenheit des Religionsbekenntnisses verbieten, und welche eine staatliche Einwirkung auf die Vollziehung der Laufe anordnen.“

Von demselben will Abg. v. Gerlach den zweiten Satz ganz streichen.

Abg. Petri nach dem Worte „Religionsbekenntnisses“ einschalten: „oder die Trennung einer Ehe dem Lande nach wegen des Religionsbekenntnisses.“ Redner weist darauf hin, daß im Geltungsgebiet des gemeinen Rechts den Katholiken die Trennung einer Ehe dem Lande nach unmöglich ist, woraus Uebelstände entstehen, wie die Wiederverheirathung der einen Seite und das Verbot des Wiederverheirathens der anderen Seite getrennter Mischehen. Auch der Uebertritt zu einer anderen Religions-Gesellschaft gewährt nicht die Möglichkeit der zweiten Eheschließung; da müsse das neue Civilehegesetz aushelfen. Zwar berühre sein Amendement materielles Eherecht, aber dasselbe lasse sich von diesem ganzen § behaupten.

Der Justizminister: Ich kann mich nicht für den Antrag Petri erklären. Derselbe füllt keine Lücke des Gesetzes aus; die Beseitigung jenes im gemeinen Recht gültigen Grundgesetzes läßt sich auch nicht auf dem vorgeschlagenen Wege herbeiführen; neben die Negation müßten positive Bestimmungen treten. Auch dieses Gebiet der Ehe wird vorzüglich bald zu reformiren sein, aber in der vorgeschlagenen Form sei dies schwerlich zu erreichen.

Abg. v. Gerlach verteidigt die von ihm beantragte Streichung, weil jener Passus hierhin nicht gehörige Materien umfasse und weil er nur dazu führen könne, Christenthum und Sacrament aus den Familien zu treiben. Es sei denn auch wohl nicht passend z. B. die Bestimmungen über die Ehe zwischen Christen und Juden u. a. so nebenbei zu beseitigen. Ferner solle der sogenannte Taufzwang beseitigt werden; das sei kein Zwang, sondern nur die Bevormundung eines lächerlichen Vaters, und könne nicht verglichen werden mit dem Schulzwang, der noch schlimmer werde durch den Wegfall aller Garantien für den Religionsunterricht. Wenn mit dem Wechsel der herrschenden Parteien einst auch die Ministerien wechseln, Herr Birchow an die Stelle Herrn Falk's treten würde, so würde der Schulzwang bei confessionlosen heidnischen Schulen nicht mehr zu ertragen sein.

Der Cultusminister. Der Abg. v. Gerlach hat dem Justizminister eine Inconsequenz vorzuwerfen gesucht, weil er sich gegen den Antrag Petri erklärt habe, daß der ganze § eigentlich nicht hingehöre, das letztere ist unrichtig, der § ist nur die notwendige Consequenz des ganzen Gesetzes. Auf Grund der Civilehe ist jetzt schon die Ehe zwischen Juden und Christen seit 20 Jahren gestattet und die Gültigkeit derselben muß auch ferner gewahrt werden. Der Taufzwang des Landrechts gelte als heilsam, aber die kirchliche Bedeutung desselben kann nach § 12 der Verfassung keine gesetzliche Consequenz haben; die Aufhebung jenes Zwanges geschieht also auch nicht bloß auf äußeren Gründen. Uebrigens würde diese Aufhebung im Interesse der Kirche selbst sein, eine Ansicht, für welche der Oberkirchenrath — nicht der jetzige, sondern in einem Schreiben vom 17. Februar 1851 — sich offen ausgesprochen habe. In Hamburg sei der Taufzwang aufgehoben, und dies habe sich dort für die Kirche heilsam erwiesen nach Ausspruch der Geistlichen selber.

Der Justizminister: Er habe sich stets als Freund der Rechts Einheit der Monarchie bewiesen und werde sich auch als solchen beweisen gegenüber den kanonischen Bestimmungen über die Eheschließung; er werde für die Schaffung eines gemeinsamen Eherechts sein, aber er wolle nicht einzelne Punkte nebenbei lösen.

Abg. Klöppel kann keinen principuellen Unterschied zwischen den Vorschlägen der Regierung und dem Antrag Petri erkennen; beide wollten Uebelstände einzelner Rechtsgebiete beseitigen; letzterer sei für die Rheinlande notwendig.

In Folge der Bemerkungen des Justizministers beantragt Petri noch nachträglich, dem § 5 als Absatz 2 hinzuzusetzen: „Wo bisher wegen des Religionsbekenntnisses eines oder beider Ehegatten nur auf beständige Trennung von Tisch und Bett zu erkennen war, tritt die gänzliche Ehescheidung an die Stelle.“

Der § 52 wird sodann mit den beiden Amendements Petri angenommen.

Nach Erledigung des § 53 und des Gebührentarifs gelangt folgende Resolution Hammacher zur Debatte: Die königliche Staatsregierung aufzufordern, eine Revision der im Bezirke des Appellationsgerichts Cöln und im Gebiete der vormaligen freien Reichsstadt Frankfurt a. Main geltenden Bestimmungen über die Beurkundung des Personenstandes vorzunehmen, und die thunlichste Gleichförmigkeit der desfallsigen Gesetzgebung für die ganze Monarchie herbeizuführen. Aus der Debatte ist zu bemerken, daß der Justizminister dem Prinzip dieser Resolution nicht nur zustimmt, sondern auch mittheilt, die Vorarbeiten zur Durchführung derselben seien bereits in Angriff genommen.

Abg. Windthorst (Meppen) wünscht nicht, daß dieses schlecht durchdachte Gesetz auf die Rheinlande übertragen werde; besonders die gestrigen Beschlüsse (z. B. über den Eintritt der Gültigkeit der Eheschließung) scheinen ihm noch sehr der Remedur Seitens des Herrenhauses zu bedürfen.

Die Resolution wird mit großer Majorität acceptirt; die Abstimmung über das ganze Gesetz, welche eine namentliche sein wird, kann erst stattfinden nach Zusammenstellung der Beschlüsse der 3. Verathung durch das Bureau des Hauses.

II. Erste Verathung des Gesetz-Entwurfs, betr. die Provinzial-Ordnung für die Provinzen Preußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen.

Der Minister des Innern will zur Einleitung der Debatte ein kurzes Bild von dem entworfen, was bislang zur Ausführung der Kreis-Ordnung geschehen. Das Rescript vom 29. Januar 1873 erteilt den Auftrag zur Ausführung der Kreis-Ordnung den Regierungspräsidenten. Ein zweites Rescript vom 28. März 1873 bestimmte die Vorarbeiten, welche für die Wahlen nöthig waren und bezeichnete es für wünschenswert, daß die Wahlen bis zum 5. Dezember vollendet seien. Das Ziel ist auch erreicht. Ein Rescript vom 18. Juni 1873 ordnete die Begrenzung der Amtsbezirke an, bei Weitem die schwierigste Aufgabe. Die von Vertrauensmännern der Kirche gemachten Vorschläge sind hier revidirt; von den Tableaux sind gegen 200 bereits bestätigt, die übrigen sind noch in der Prüfung. Ferner war die Erlassung einer Geschäftsordnung für die Kreistage und die Kreisaußschüsse, die Berechnung der Pauschquantas für die Ausgaben der Ausschüsse, ein Regulativ für Bildung der Amtsaußschüsse u. d. m. nothwendig; diese Fragen sind geregelt. Uebrig ist noch eine Instruction für die Gemeindevorsteher. Hergestellt sind alle Kreistage, Kreisaußschüsse, Verwaltungsgerichte, bis zum 1. April werden die Aemter vollständig organisirt sein. Die Centralstelle hat es also nicht an Arbeit fehlen lassen, aber ebensovienig die ausführenden Behörden an Verständnis und liebevoller Sorgfalt; dasselbe läßt sich von den Wählern und Gemählten der Kreise sagen, bei denen der sich bei der Debatte hier bekundende Widerstand nicht zu finden gewesen ist. Die Gewählten sind durchweg durch Intelligenz und Interesse zur Vertretung hochgeeignet; auch zur Uebernahme von Amtsvorsteherschaften hat sich Bereitwilligkeit genug gezeigt. Auf Grundlage dieser trefflichen Erfahrungen läßt sich das Beste auch von der Provinzial-Ordnung erwarten, deren Annahme die Regierung wohl erwarten darf. Schließlich schlägt der Minister Ueberweisung an eine Commission vor.

Abg. Vasker begrüßt mit Freuden die Ausführungen des Ministers, welche bewiesen, daß die Cassandra stimmen der Rechten bei der Verathung der Kreisordnung sich nicht erfüllt hätten; hoffentlich würden dieselben sich einer größeren Weisheit befehligen, wenn es sich wieder um Constairung der Bedürfnisse des Landes handle. Der Ausfall der Wahlen sei um so erfreulicher, weil das Verfahren des Prinzen Handjery, des Landraths von Zeltow, welcher umhergereist sei, um die Wahlen zu beeinflussen, arge Besorgnisse erregt habe; glücklicherweise habe der Prinz nicht viele Nachahmer gefunden. Dies sei um so erfreulicher, als sich deshalb auf Grund der Kreisvertretung die Provinzialvertretung schaffen lasse, denn vor allgemeinen Neuwahlen müsse man sich in Berücksichtigung der eingetretenen Erschlaffung hüten. Den Kreisen nur einen Vertreter zu wählen geben, sei gefährlich; es müßten alle Interessen vertreten sein, und nur bei einer Mehrzahl der Vertreter würden auch die Städte berücksichtigt werden. Schlimmer sei es, daß die Provinzialordnung kein inhaltlicher Fortschritt sei, sondern nur im Arbeiten nach der Schablone. Die Vorlage erscheine nur als ein vorläufiger Versuch der Verteidigung, aber nicht einmal der Weg sei angedeutet, den die Regierung führen wolle. Redner vermißt eine Vorlage betr. die Errichtung der Verwaltungsgerichte und erklärt sich energisch gegen die Verbeibaltung der Regierungen, was in der Absicht der Staatsregierung der Vorlage zufolge zu liegen scheine. In der Commission

müsse der Plan der Organisation der Landesverwaltung vorgelegt werden, denn nur nach Kenntniß derselben könne man zur Vorlage Stellung nehmen; nicht einmal die Beilegung des Zusammenwirkens von Präsident und Oberpräsident scheine beabsichtigt. Das Versprechen der Besteuerung werde gegeben, ohne über Vermögen der Provinzen und über die Zwecke, welche Ausgaben verlangen dürften, Auskunft zu geben. Die Commission werde genügt zu thun haben.

Abg. Rickert wünscht, wie Berlin aus der Provinz Brandenburg ausgeschieden werde, West- und Ostpreußen zu trennen, da jeder Theil geeignet sei, seine nationalen Aufgaben zu erfüllen.

Abg. Friedenthal schließt sich den Ausführungen des Abg. Vasker an, mit Ausnahme der Excursion nach Zeltow. Die Vorlage sei allerdings mangelhaft, man müsse sie möglichst in der Commission verbessern; er glaube unter dieser Bedingung an ihre gedeihliche Wirksamkeit. Die wirtschaftliche Auseinandersetzung zwischen Staat und Provinz sei unendlich schwierig, und dieselbe lasse kaum in dieser Session sich durchführen. Dagegen sei der Verwaltungsgerichtshof ein unumgängliches Defiderat, auf dessen Gewährung das Haus bestehen müsse.

Der Minister des Innern spricht die Hoffnung aus, daß der Entwurf betreffend die Verwaltungsgerichte noch in dieser Session erledigt werde; die Ausarbeitung sei allerdings eine sehr schwierige, werde aber voraussichtlich bald beendet sein. Der Inhalt der Provinzialthätigkeit werde am besten festgelegt in dem Dotationsgesetz, welches zwar wegen einiger schwieriger finanzieller Fragen noch nicht vorgelegt sei, aber voraussichtlich auch noch in dieser Session vorgelegt werden könne. Er sei nicht dagegen, wenn einige dieser Bestimmungen bereits in das vorliegende Gesetz übergenommen wurden.

Abg. v. Saucken-Larputtschen bekämpft gegen die Ausführungen Rickerts im Einklang mit den Beschlüssen des Provinziallandtags die Trennung der Provinz Preußen. Damit wird die Debatte geschlossen. In einer Reihe persönlicher Bemerkungen, welche zwischen den Abg. Vasker und Prinz Handjery gewechselt worden, beruft sich ersterer für die von letzterem bestrittene Behauptung, daß der Prinz als Landrath die Wähler des Kreises durch abgedrungene Besprechungen verpflichtet, für seine Candidatenliste zu stimmen und hierdurch den Geist der Kreisordnung gröblich verletz habe, auf den Rittergutsbesitzer Schwalb als Gewährsmann. Nach Beendigung des Zwischenfalls wird die Provinzialordnung einer Commission von 21 Mitgliedern überwiesen.

III. Zweite Verathung des Staatshaushaltsetats für 1874. Die Etats für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten, das Staatsministerium, dem Deutschen Reichs- und Preuß. Staatsanzeiger und das Bureau des Staatsministeriums werden ohne Debatten acceptirt, nur gegen den Titel 12 des letzten Etats-Dispositionsfonds für allgemeine politische Zwecke 31,000 Thlr. erhebt Richter (Hagen) den zuletzt 1867 von Westen erhobenen Einspruch diesmal wieder nicht nur weil die liberale Partei jetzt wieder die Majorität im Hause errungen habe, sondern weil die Regierung genug Organe besitze. Neben den Reichsanzeiger habe sie die Provinzialcorrespondenz, welche von einem schon anderweitig durch den Etat mit 950 Thlr. besoldeten Oberregistrator Liedtke redigirt wird. Redner wolle den Etat derselben bewilligen, aber dann müsse sie ihren officiellen Character offen an sich tragen. Redner wendet sich sodann gegen die officiellen Correspondenzen, welche vom Preßbureau des Ministeriums des Innern, ausgingen. Für die vom Geheimrath Hahn und Herrn Rüttge inspicirten Wäschjettel würden den Strohmannern, bei denen mehr auf orthographische als auf politische Kenntniß gesehen werde, Remunerationen gezahlt. In diesen Strohmannercorrespondenzen würden unter anscheinend harmlosen Bemerkungen auch Ansichten gegeben, welche Stimmung machen sollten. Diese Correspondenzen hätten sich in die größte Mehrzahl der Zeitungen Eingang geschafft. Auch der Reichskanzler habe seine Canäle, so die Stern'sche und Mathia'sche Correspondenz; es sei behauptet, auch die „Deutschen Nachrichten“ seien officiös und er finde es glaublich, wenn er es auch nicht beweisen könne. Daneben existirten die „Hochofficiösen“ Geheimräthe, welche bestimmte Correspondenten inspicirten. Zu diesen gehörten früher die Geheimräthe Zittelmann und Wagner, jetzt steht ein anderer an der Spitze. Redner verliest die Angriffe der „National-Zeitung“ vom Februar 1873 gegen den Legationsrath Negidi und geht auf die Angriffe über, welche zur selbigen Zeit in der „Kölnischen Zeitung“ gegen den Grafen Eulenburg gerichtet wurden. Zuletzt verweist er bei der Zurechtweisung, welche Legationsrath Negidi dem Herrn Nobolski in der „Norddeutschen Sta.“ zu Theil worden ist.

genheit der Paster'schen Angriffe gegen den Geheimrath Wagner). In der Telegraphie nahm das „Wolfsche Telegraphische Bureau“ die Stellung der Officellen ein. Sodann behauptet Redner, die Specialverhältnisse der „Nordb. Allgem. Zeitung“, das Preuß. Volksblatt, der eingegangenen „Berliner Revue“, welche er als sicher im Regierungsbesitz befindlich bezeichnete. Aus den neuen Provinzen stellt Redner in dieselbe Kategorie die „Sannöversche Landeszeitung“, alle Schleswig-Holsteinischen Blätter bis auf drei, unter denen der eingegangene „Kieler Correspondent“ nach allgemeiner Schätzung 65,000 Lhr. gekostet habe u. Zu allen diesen und vielen anderen Ausgaben, welche Süddeutschland, die Norddeutschen Kleinstaaten, das Ausland und Elsaß-Lothringen kosten, könnten nicht die 31,000 Lhr. des vorliegenden Dispositionsfonds ausreichen. Die ganze Schöpfung von dem übelberüchtigten Geheimrath Wagener und die Mittel fließen aus dem Welfensonds, welcher zu Preß- und anderen Dispositionsfonds verbraucht werde. Seine Partei wolle nicht der Regierung principiell entgegen treten; so lange die Gesetzgebung fortschreite, könne sie über manches hinwegsehen, aber nicht über diese systematische Täuschung der öffentlichen Meinung.

Der Minister des Innern: Die vorgebrachten Einzelheiten möchten theilweise wahr sein, aber es komme nur auf die Principienfrage an. Die Presse solle belehren und Profelyten machen, und die Regierung habe diese Pflicht mehr als jede Partei. Warum würde diese Belehrung Corruption genannt, habe Jemand schon von fortschrittlicher Corruption gesprochen? Die Streichung der Position würde die Regierung lähmen; sei sie ihre Bewilligung als Vertrauensfrage für die einzelnen Personen der Regierung verlangt, aber wenn die ganze Regierung das Vertrauen des Hauses habe, so möge es diese Position bewilligen.

Windthorst (Meppen) findet die Ausführungen des Abg. Richter sehr verdienstvoll und in der Antwort des Ministeriums eine Bestätigung derselben. Die Regierung müsse die Presse beeinflussen können, er wolle gern einen betr. Etat bewilligen aber die Wirksamkeit der Regierung müsse eine offene sein.

Paster wundert sich, daß die betr. Position nicht unter Leitung des Staatsministeriums, sondern des Ministeriums des Innern stehe. Wenn die Regierung beschuldigt werde anonym zu schreiben, so liege in der Anonymität unter den jetzigen Verhältnissen eine Garantie für ihre Wirksamkeit, und diese Garantie gebrauchten auch die Männer der regierungsfeindlichen Parteien. 1867 habe Zweifeln die Dispositionsfonds verweigert, weil die officiöse Presse damals die liberale Partei bekämpft habe; er finde es natürlich, daß die jetzt Bekämpften gegen die Position stimmten. (Lärm im Centrum.) Das Centrum verwechselte stets Religion, Sittlichkeit und Politil. Er habe keinen Grund der Regierung ein Mißtrauensvotum zu erteilen.

Der Minister des Innern: Die Einrichtung des Staatsministeriums, welche Preßbureau genannt werde, werde vom Minister des Innern verwaltet, arbeite aber für alle Ministerien. Die „Provincialcorrespondenz“ falle auch unter diese Position, aber sie werde behandelt, wie ein Privatunternehmen, zahle 5000 Lhr. Stempelsteuer u. Es würden Correspondenzen bezahlt, auch Unterstützungen an Zeitungen gegeben u., aber dieselben seien schwerlich Jemandem zugeflossen. Die Fonds würden ebenso gewissenhaft verwaltet, wie alle anderen. — Ueber den betreffenden Etatstitel wird eine namentliche Abstimmung vorgenommen; dieselbe ergibt die Annahme mit 205 gegen 141 Stimmen. — Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. L. D. 1. u. 2. Berathung des Gesetz-Entwurfs betr. die Vereinigung des Oberappellationsgerichts mit dem Obertribunal. 1. Berathung der Einführung der Kreisordnung in Polen. Anträge: Miquel und Saatz; Positionen und Wahlberichte.

## Offene Augen.

Novelle von Ludwig Habicht.

Fortsetzung.

Erschrocken und vom tiefsten Mitleid erfüllt, beugte sich Richard über die halb Ohnmächtige. Mochte Elisabeth auch noch ein halbes Kind sein, eine tiefe, glühende Leidenschaft hatte sich doch bereits ihrer bemächtigt, um sie vielleicht für immer unglücklich zu machen. Er wollte wenigstens Alles anwenden, um dies junge zuckende Herz zu beschwichtigen. „Elisabeth, was ist Dir? Du bist krank!“ rief er zärtlich. „Ah, Du darfst nicht länger Aschenbrödel Deiner Schwester bleiben und hier auf dem Herde hocken. Du mußt die Welt kennen lernen, andere Menschen, das wird Dich heilen. O und Du bist so schön und so gut! Du wirst bald Herzen finden, die Dir eine wärmere Freundschaft schenken, als ich es kann.“ Er hatte dabei ihre eiskalte Hand ergriffen und betrachtete die Unglückliche mit inniger Theilnahme.

Sie fühlte seine Blicke auf sich gerichtet, und gerade sein Mitleid wühlte sich wie ein scharfes Messer in ihre Brust. Das erstarrte Blut schien sich damit wieder in Bewegung zu setzen, und hastig ihre Rechte

aus der seinen ziehend, stieß sie hervor: „Nein, nein, ich will Niemand mehr sehen, auch Sie nicht;“ und wie von diesem Gedanken emporgerissen, sprang sie in die Höhe, zog sich schen an das Fenster zurück und streckte abwehrend beide Hände aus. —

„Kind, Du bist außer Dir! aber ich wünsche und hoffe, daß Du bald zur Ruhe kommen wirst.“

„Ich bin kein Kind mehr, will kein Kind mehr sein!“ rief sie förmlich grollend.

Der Maler wußte jetzt wirklich nicht, welchen Ton er anschlagen sollte, er war nicht Weltmann genug, um dies Aussehen leicht und komisch zu nehmen. Dazu hatten die Augen Elisabeth einen so unruhigen, verzweifelnden Ausdruck, der ihm tief in's Herz schnitt. Er hielt es für das Beste, offen mit ihr zu sprechen und die Wunde zu berühren, die sie in jungfräulicher Scheu sich selbst noch zu verbergen suchte. „Elisabeth, Du bist noch zu jung, und wenn Du hinaus trittst in die Welt, dann wird Dein Herz erst lernen, einem verwandten Herzen entgegen zu schlagen, und dann weiß ich, daß wir Beide ehrliche, gute Freunde bleiben können.“

„Nie, nie, wir sind keine Freunde mehr!“ rief sie heftig, und als sich Richard ihr nähern wollte, um ihre Aufregung zu beschwichtigen, schlüpfte sie an ihm vorbei, und sich zur Thür flüchtend, fuhr sie mit zwar kindlichem, aber dennoch tiefem Grolle fort: „Ja, machen Sie nur immer erstaunte Augen! Ich bin keine Madonna und Ihnen gar nicht mehr gut!“ Sie stieß dabei ein bitteres, verzweifeltes Gelächter aus, während die hellen Thränen aus ihren dunklen Augen hervorströmten, dann verschwand sie im Nebenzimmer, noch ehe Richard sie zurückhalten konnte. Er hörte, wie sie rasch den Riegel vorschob, und er fühlte wohl, daß bei diesem jungen, stürmischen Herzen alle Beschwichtigungsversuche vergeblich seien.

In nachdenklicher, schmerzlich bewegter Stimmung entfernte er sich. Er mußte darüber nachgrübeln, welche Vorsicht, welche Zurückhaltung das gesellschaftliche Leben fordert. Er hatte in größter Harmlosigkeit das Geistesleben dieses Kindes zu entwickeln gesucht, ohne zu ahnen, daß er damit vielleicht für immer eine Unruhe und ein schmerzliches Leid in ihre Brust warf. Dem Maler fielen unwillkürlich die Worte des würdigen Geistlichen ein, der einmal geäußert: „Der thatkräftige Mensch muß auch am Meisten leiden; wie einmal die Welt beschaffen ist, rücken wir keinen Stein ungestraft bei Seite. Jene Leute, die aus selbstthätiger Schwäche niemals in das Geschick ihrer Nebenmenschen eingreifen, sind am glücklichsten. Wir Andere dagegen setzen alle Kräfte ein, um irgend einen Unbesonnenen vom Abgrund zurückzureißen, und er beklagte sich dann bitter, daß wir ihn zu hart angefaßt, und wir können ihm nicht einmal mehr beweisen, daß wir ihn vom Untergang gerettet.“

Richard hatte damals an August denken müssen. Es unterlag kaum einem Zweifel, daß er an der Seite Mathildens niemals ein wahres Glück finden würde, und doch hätte er sicher Jeden als seinen grimmigsten Feind betrachtet, der ihm die Augen öffnen gewollt. Der alte Herr hatte Recht; selbst wenn es ihm möglich gewesen wäre, seinen Freund von dieser Verbindung zurückzuhalten, wie hätte er ihm später je beweisen können, daß er mit dem herzlosen, eiteln und berechnenden Geschöpf unglücklich geworden wäre. Um die ganzen Folgen wichtiger, verhängnisvoller Schritte zu übersehen, dazu gehört eine höhere Einsicht, die nicht Jedem zu Gebote steht. Durch diese Ideenverbindung fiel ihm August ein, er hatte ihn seit seiner Rückkehr noch nicht wiedergesehen und beschloß ihn endlich aufzusuchen.

Er fand den sonst so schwerfälligen Freund in einer gewaltigen Aufregung. Allem Anschein nach war er eben im Begriff, einen Ausflug zu machen, wenigstens deutete darauf eine kleine Reisetasche, die er noch immer in größter Hast vollzupfropfen suchte, als bereits der Maler an seiner Seite stand.

„Wo willst Du hin?“  
„Ich weiß es selbst nicht, nur fort!“ war die kurze, beinahe mürrische Antwort.

Während August sonst für den Maler eine große Anhänglichkeit an den Tag legte, hatte er heute über dies unerwartete Wiedersehen nicht die mindeste Freude gezeigt, es schien ihm vielmehr lästig und unangenehm zu sein.

„Ich störe Dich wohl?“  
„hm“, brummte der Referendar und bückte sich wieder über seine Reisetasche.

„Mit welchem Zuge willst Du fort?“  
„Mir gleichgültig, mit dem ersten besten.“

„Alter Freund, was ist Dir widerfahren! Ich erkenne Dich kaum wieder!“ sagte der Maler herzlich der sich durch den augenblicklichen Mißmuth August's nicht irre machen ließ.

„Nichts, gar nichts!“ murmelte dieser. Er fühlte die forschenden Blicke des Freundes auf sich gerichtet und wich ihnen aus, indem er mit größerem Eifer seine Reisesachen durcheinander warf.

Es unterlag keinem Zweifel, das Herz des armen Burschen war durch irgend ein Ereigniß tief erschüttert worden; vielleicht war er dahinter gekommen, daß ihn sein Vetter Emil dennoch getäuscht und ihn bei Mathilde verdrängt habe. Der Maler suchte sich Gewißheit zu verschaffen. „Was macht Emil?“ fragte er nach einigem Nachdenken.

„O, der ist munter, geistreich und witzig wie immer“, entgegnete August ruhig, und aus seiner Antwort sprach die alte Anhänglichkeit an den Vetter.

Richards Vermuthung war also nicht zutreffend. „Und Deine schöne Braut? Ich bedaure sehr, daß ich durch Deine geheimnißvolle Reise verhindert werde, sie zu sehen.“

Bei diesen Worten zuckte der Referendar zusammen. Wie von einem unerwarteten Schlage getroffen, richtete er sich in die Höhe und blickte den Maler mit einem halb verstörten Ausdruck an.

„O Richard, ich bin sehr unglücklich, aber frage nicht, quäle mich nicht weiter, Du sollst später Alles erfahren.“

Ohne seine Fragen zu beantworten, schloß August rasch die Reisetasche und zog in größter Aufregung den Freund mit sich fort. „Komm, die Stube erdrückt mich, ich kann's nicht länger hier aushalten.“

Mit einer Hast, wie er sie niemals gezeigt hatte, eilte er aus dem Zimmer und die Treppe hinunter. Der Maler vermochte ihm kaum zu folgen.

In dem großen, geräumigen Hausflur blickte sich der Referendar scheu um, als fürchte er Jemand zu begegnen, und dann stürzte er hastig hinaus.

Auf der Straße wandte er sich mit keuchendem Athem an den Freund. „O Richard, ich bin sehr unglücklich; aber frage nicht, forsche nicht. Ich kann Dir nichts sagen, und bei unserer alten Freundschaft beschwöre ich Dich, dringe nicht weiter in mich und laß mich diesmal ungestört meine Straße ziehen.“

Ehe der Maler noch etwas erwidern konnte, war August um die nächste Ecke verschwunden.

Richard blickte ihm ganz verwundert nach. Er konnte sich das seltsame Benehmen des braven Jungen gar nicht erklären. So hatte denn seine kurze Abwesenheit genügt, auch in dem Leben seiner Freunde die größten Veränderungen hervorzubringen. Wie Recht haben diejenigen, welche behaupten: „Wir machen immer nur neue Bekanntschaft, wenn wir die alten Freunde wiedersehen!“

Justizrath Hartmann war nicht wenig erstaunt über die flüchtige Entfernung seines Neffen. Wenn er auch in den Ausfluge gewilligt, so hatte er doch erwartet, daß August Abschied nehmen und seine Reise in aller Ordnung antreten würde. „Der arme Junge! Diese alberne Liebshaft macht mir doch mehr zu schaffen, als ich erwartet hatte!“ murmelte er vor sich hin, als man ihm am andern Morgen berichtete, daß der Referendar nicht aufzufinden und sein Bett noch unberührt sei. Er verfügte sich selbst in das Zimmer seines Neffen, und die dort herrschende Unordnung zeigte nur zu deutlich, daß August sich bereits heimlich entfernt habe. Zum Ueberflus lag auf dem Tisch ein Zettel mit einigen hastig hingeworfenen Zeilen, die anzeigten, daß er vor der bewilligten Frist nicht zurückkehren werde.

„Nun, wenn er nur geheilt wiederkommt, dann bin ich schon zufrieden“, tröstete sich der Justizrath. In solch' mittelmäßigen, geistarmen Köpfen haftet nun einmal jede Leidenschaft fester. Wir müssen Geduld mit ihm haben.“

Zu seinem Erstaunen kehrte August schon nach drei Tagen zurück, aber in welchem Zustande? — Seine Kleider waren schmutzig und zerrissen und sein Gesicht mit Blut bedeckt. Er war völlig erschöpft und verworren, in unzusammenhängenden Worten erzählte er, daß er in einem Walde angefallen und beraubt worden. Auf die hastigen Fragen des Rathes, ob er seine Angreifer nicht näher bezeichnen könne, schüttelte August den Kopf: „Sie waren beide verumumt und ich war so überrascht, ich hatte gar nicht Zeit mich zu besinnen.“ Auf das weitere Forschen seines Oheims, wo das Verbrechen stattgefunden, gab er noch an, daß es in der Gaiße gewesen, er habe in einem der daranstoßenden Kaffeehäuser den Abend zugebracht.

Mehr war aus ihm heute nicht herauszubringen. Die Mörder mußten ihn durch einen Schlag auf den Kopf betäubt haben, er schien noch jetzt nicht im vollen Besitze seiner Geisteskräfte zu sein.

(Fortsetzung folgt.)